

Inklusion An deutschen Schulen hat ein radikales Bildungsexperiment begonnen: Erstmals ist für die Zulassung zu Realschule oder Gymnasium nicht mehr entscheidend, ob jemand dem Unterricht folgen kann. Was allein zählt, ist die Utopie einer Welt ohne Grenzen.

An den deutschen Schulen hat eine Revolution begonnen, wir haben es nur noch nicht richtig bemerkt. Bislang war der Eintritt in eine weiterführende Schule an die Erwartung geknüpft, dass der Zögling am Ende seiner Zeit zumindest die Grundanforderungen der Bildungseinrichtung erfüllen würde. Alle Eignungstests, denen man ihn zuvor unterzog, sollten dies sicherstellen.

In Zukunft wird auch dann der Aufnahmewunsch reichen, wenn der Schüler geltend machen kann, dass es ihm aufgrund einer Disposition nicht möglich ist, die Voraussetzungen zu erfüllen. Mit anderen Worten: Gerade die Unfähigkeit, die geforderten Leistungen zu erbringen, begründet die Zugangsberechtigung. Das ist eine radikale Abkehr von dem Prinzip der Auslese, wie es das deutsche Bildungssystem seit 200 Jahren geprägt hat.

Kürzlich hat der Fall eines Jungen mit Downsyndrom Aufsehen erregt, den seine Eltern auf das Gymnasium schicken wollten, obwohl er in der Grundschule nicht einmal richtig lesen gelernt hatte. Der Fall wurde vor allem deshalb so heftig diskutiert, weil die Schule die Aufnahme verweigert hatte. Was hier noch als Einzelschicksal verhandelt wurde, ist nur der Beginn von etwas viel Größerem.

Die prominenten Befürworter der neuen Schulpolitik, die unter dem Schlagwort "**Inklusion**" läuft, haben mehr im Sinn, als allen Kindern Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Für sie liegt hier der Übergang in eine neue Welt, der "Olymp der Entwicklung", wie es der Erziehungswissenschaftler Hans Wocken, einer der entschiedensten Verfechter der neuen Lehre, formuliert hat. Man sieht, es geht nicht um die Vermittlung von Wissen, es geht um die Verwirklichung einer Utopie.

Die Idee, dass die Begabteren die weniger Begabten mit nach oben ziehen, kennt man aus der Gesamtschul-Debatte. Auch hier steht die Hoffnung auf die segensreiche Wirkung gemeinsamen Lernens am Anfang. Die **Inklusionsidee** geht über diesen eher sozialtherapeutischen Bildungsansatz weit hinaus: Diese Utopie schließt dezidiert Kinder ein, von denen man nicht nur weiß, dass sie dem Unterricht nicht folgen können, sondern von denen auch klar ist, dass sie andere dabei stören, ihrerseits das Lernziel zu erreichen.

Ignoranz gegenüber dem Konkreten. In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung war neulich beschrieben, wie **Inklusion** im Extremfall in der Praxis aussieht. Berichtet wurde von einem Jungen mit "Förderbedarf in den Bereichen Lernen und emotional-sozialer Entwicklung", wie das in der Sprache der Fachleute heißt. Es lohnt, daraus ausführlicher zu zitieren, weil es deutlich macht, auf welche Schwierigkeiten diejenigen stoßen können, die zu Beteiligten dieses Experiments gemacht werden:

"Ab und zu biss er seine Mitschüler in den Hinterkopf, machte ihnen blaue Flecken oder schlug sie ins Gesicht. Einmal schüttete er eine Flasche Apfelsaft auf seinem Tisch aus, legte seinen Kopf in die Lache und wischte dann mit den Händen darin herum. Anschließend rannte er durch die Klasse und schmierte alle Kinder an. Ruhig war der Junge nur, wenn er in einen Nebenraum geführt und in ein Gespräch über 'Star Wars' oder Ninja Turtles verwickelt wurde."

Man kann sich nicht vorstellen, dass unter diesen Bedingungen ein geregelter Unterricht stattfinden kann, und tatsächlich findet er auch nicht statt. Weil die Lehrer in vielen Klassen mit dem Problemkind alleingelassen werden, fehlt ihnen die Zeit, sich angemessen um die Schüler zu kümmern, die nicht wild herumlaufen und keine Geräusche machen. Aber es regt sich nur sporadisch Protest. Wo Eltern und Lehrer Unbehagen äußern, sehen sie sich der Frage ausgesetzt, ob sie Behinderte von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließen wollen.

Den "FAZ"-Redakteur Christian Geyer erinnerten die Vertreter der **Inklusionslehre** an "amerikanische Fernsehprediger", wie er nach dem Besuch einer Veranstaltung in Mainz schrieb. Alle praktische Fragen ("Wie soll das denn funktionieren") wurden mit Gewissensappellen vom Tisch gewischt. Diese Ignoranz gegenüber dem Konkreten gilt auch für die Frage, ob es den Menschen mit Behinderung nützt, wenn sie in eine Klasse gesteckt werden, wo keiner der Lehrer gelernt hat, wie man auf ihre Bedürfnisse eingeht.

Gezielte Förderung setzt voraus, dass man Unterschiede erkennt und entsprechend darauf reagiert: Das Leben ohne Gehör oder Augenlicht ist etwas ganz anderes als schwerer Autismus oder eine ähnliche Entwicklungsstörung. Aber genau diese Differenzierung lehnen die entschiedenen **Inklusionsbefürworter** ab. Erst wenn man Behinderung nicht mehr als Behinderung wahrnimmt, ist für sie das Ziel erreicht. Das heißt: Wer gesondert fördert, der diskriminiert.

Die Frage ist damit, wer für die Durchsetzung der neuen Schulideologie den höheren Preis zahlt: die Kinder, die nicht mehr ungestört dem Unterricht folgen können, weil immer jemand Radau macht - oder die Kinder mit schweren Beeinträchtigungen, denen man jetzt spezielle Hilfe versagt?

Meine Anmerkung: den höchsten Preis zahlt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft

Köln, 20.04.2015 - Deutschland soll endlich seine Förderschulen abbauen. Dies ist eine der rund 60 Empfehlungen, die der in Genf ansässige UN-Fachausschuss zur Behindertenrechtskonvention aus der Staatenprüfung ableitet.

Nachtrag: „Inklusion hilft weder Schülern noch Lehrern“; [Leserforum, Göttingen 4. 2. 2011](#)